

Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Erscheint seit 1. Januar 1966

Freitag, 9. Februar 1990

Nr. 28 (6 156)

Preis 3 Kopeken

Informationsmitteilung

über das Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Am 7. Februar 1990 setzte das Plenum des ZK der KPdSU die Erörterung des Entwurfs der Plattform des ZK der KPdSU zum XXVIII. Parteitag und des Berichts des Generalsekretärs des ZK der KPdSU M. S. Gorbatschow über diese Frage fort.

Auf dem Plenum ergriffen das Wort: K. Machkamow — Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Tadshikistans, W. I. Mironenko — Erster Sekretär des ZK des Komsomol, A. M. Massalijew — Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kirgisien, G. S. Baschtanjuk — Sekretär des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften, W. T. Saikin — Vorsitzender des Exekutivkomitees des Moskauer Stadtsowjets der Volksdeputierten, A. B. Schalijew — Bohrmeister in der Produktionsvereinigung „Turkmengasprom“, S. S. Aleksejew — Vor-

sitzender des Verfassungsschutzkomitees, Direktor des Instituts für Philosophie und Recht der Uraler Abteilung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR.

Im Namen der auf dem Plenum gebildeten Redaktionskommission sprach G. P. Rasumowski.

Nach der allseitigen Erörterung der von der Redaktionskommission eingebrachten Vorschläge billigte das Plenum den unter Berücksichtigung der gemachten Bemerkungen und der erfolgten Erörterung nachgearbeiteten Entwurf der Plattform des ZK der KPdSU zum XXVIII. Parteitag (der in der Presse veröffentlicht werden wird) und faßte über diese Frage einen Beschluß.

Auf dem Plenum wurde die Erörterung von Fragen fortgesetzt, die mit den Beschlüssen des XX. Partei-

tags der Kommunistischen Partei Litauens verbunden sind.

Diesbezüglich sprach der Generalsekretär des ZK der KPdSU M. S. Gorbatschow.

Auf dem Plenum ergriffen weiter das Wort: A.-M. K. Brazauskas — Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Litauens, M. M. Burokia-vicus — Sekretär des Provisorischen ZK der Kommunistischen Partei Litauens (auf der KPdSU-Plattform), W. A. Kupzow — Erster Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU Wologda, A. P. Klauzen — Erster Sekretär des Stadtkomitees Riga der Kommunistischen Partei Lettlands, W. N. Schwed — Sekretär des Provisorischen ZK der Kommunistischen Partei Litauens (auf der KPdSU-Plattform), N. M. Jerschowa — Einrichtungsleiterin in der Produktionsvereini-

gung „Dzierzynski-Maschinenbaufabrik“ Perm, A. N. Jakowlew — Sekretär des ZK der KPdSU, J. D. Masljukow — Erster Stellvertreter Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR und Vorsitzender des Staatlichen Plankomitees der UdSSR, J.-W. J. Paleckis — Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Litauens, W.-J. J. Kardamavicus — Sekretär des Provisorischen ZK der Kommunistischen Partei Litauens (auf der KPdSU-Plattform), J. K. Ligatschow — Sekretär des ZK der KPdSU.

Das Plenum faßte über diese Frage einen Beschluß, der in der Presse veröffentlicht wird.

Das Schlußwort auf dem Plenum des ZK der KPdSU hielt M. S. Gorbatschow.

Damit schloß das Plenum des ZK der KPdSU seine Arbeit ab.

Aktivitäten der Kulturzentren

Der Neujahrstag nach dem Mond- und Sonnenkalender, der in verschiedenen Ländern Astens traditionell gefeiert wird, ist zum Geburtstag der Gebietsvereinigung der sowjetischen Koreaner geworden. Auf ihrer Stützungskonferenz haben sie das Statut und die Programmziele der Vereinigung angenommen.

„Gleich anderen Völkern, die in den 40er Jahren gewaltmäÙig umgesiedelt wurden, fanden die Koreaner auf dem kasachischen Boden Mitgefühl und Obdach“, erzählt der Vorstandsvorsitzende der Vereinigung O. Chan. „Wir sind jetzt gleichberechtigte und aktive Teilnehmer aller Bereiche des öffentlichen

Lebens. Zugleich haben wir noch viele Aufgaben zu lösen, die mit den kulturellen und geistigen Belangen unseres Volkes verbunden sind. Die Vereinigung ist beauftragt, denjenigen zu helfen, die ihre Muttersprache und die Geschichte ihres Volkes besser kennen wollen, sowie zur Schaffung einer Basis für die Wiederbelebung nationaler Gewerbe und für die Entwicklung der Latenkunst beitragen.“

Gegenwärtig geht im Gebiet die Vorbereitung zur Organisation eines kurdischen und eines deutschen Kulturzentrums. Es ist auch der Bau eines Hauses der Völkerverfreundschaft geplant.

(KasTAG)

Beschluß des Plenums des Zentralkomitees der KPdSU vom 7. Februar 1990

Über den Entwurf der Plattform des ZK der KPdSU zum XXVIII. Parteitag der KPdSU

1. Der Entwurf der Plattform des ZK der KPdSU zum XXVIII. Parteitag der KPdSU ist unter Berücksichtigung der Erörterung und der von den Plenumsteilnehmern ausgesprochenen Bemerkungen zu billigen.

2. Der Entwurf der Plattform des ZK der KPdSU zum XXVIII. Parteitag der KPdSU ist für eine breite Erörterung in Parteiorganisationen, unter Kommunisten und allen Werktätigen in der Presse zu veröffentlichen.

Beschluß des Plenums des Zentralkomitees der KPdSU vom 7. Februar 1990

Über die Beschlüsse des XX. Parteitags der Kommunistischen Partei Litauens

1. Das Plenum des ZK der KPdSU betrachtet die vom XX. Parteitag der Kommunistischen Partei Litauens gefaßten Beschlüsse als organisatorischen und politischen Bruch mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.

Das Plenum verurteilt dieses Vorgehen, da es die Einheit der KPdSU untergräbt und den Prozessen der Erneuerung der sowjetischen Föderation sowie der Gesellschaft als Ganzes großen Schaden zufügt.

2. Das Plenum unterstützt jene litauischen Kommunisten, die ein provisorisches ZK der Kommunistischen Partei Litauens (auf der Plattform der KPdSU) gebildet haben, die Treue zu den Prinzipien des Interna-

tionalismus bewahrten und für revolutionäre Veränderungen unter den Verhältnissen der Demokratisierung und Erneuerung der KPdSU eintreten, die alle Völker unserer multinationalen Union konsolidiert.

Das Plenum beauftragt das Politbüro des ZK der KPdSU, dem provisorischen ZK der KP Litauens (auf der Plattform der KPdSU) alle notwendige Hilfe in seiner praktischen Tätigkeit zu erweisen und zu diesem Zweck materielle und finanzielle Voraussetzungen zu schaffen.

3. Das Plenum fordert ein weiteres Mal die litauischen Genossen, die zur selbständigen Kommunistischen Partei Litauens gehören, die Beschlüsse des XX. Parteitags der Kommunisti-

schen Partei Litauens bis zum XXVIII. Parteitag der KPdSU in dem Teil auszusetzen, der die Gültigkeit des Programms und des Statuts der KPdSU betrifft, und auf dieser Grundlage neben der Kommunistischen Partei Litauens, die auf der Plattform der KPdSU steht, Delegierte zum XXVIII. Parteitag zu wählen.

Das Plenum richtet an die Kommunisten Litauens den Appell, an der Erörterung des Plattformentwurfs des ZK der KPdSU zum Parteitag teilzunehmen, sich ihrer historischen Verantwortung für die Geschicke des litauischen Volkes, unseres gesamten multinationalen Staates, für die Geschicke der revolutionären Umgestaltung bewußt zu werden.

Diskussionen auf dem Plenum des ZK der KPdSU

In Moskau dauert die Plenartagung des Zentralkomitees der KPdSU an, auf der der Entwurf der Plattform des ZK der KPdSU zum XXVIII. Parteitag erörtert wird. Am Dienstag wurde die Debatte zu dem Bericht fortgesetzt, den am Vortag der Generalsekretär des ZK der KPdSU, M. S. Gorbatschow, gab.

In der Vormittagssitzung behandelte der Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, J. P. Welichow, in seiner Rede das Problem des Vertrauens zur Partei. Vom Standpunkt des Redners gibt es heute in der sowjetischen Gesellschaft wohl kaum irgendwelche Kräfte oder Bevölkerungsschichten, die mit der KPdSU real konkurrieren könnten. Wenn die Partei dynamisch und effektiv handelt, dann wird sie alle Chancen haben, ihren Einfluß und ihre Bedeutung zu behalten. Zugleich schloß jedoch Akademikemitglied J. P. Welichow die Möglichkeit des Auftretens von zwei kommunistischen Parteien in der Zukunft in der UdSSR nicht aus, die auf derselben sozialistischen Plattform stehen werden.

Der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der Russischen Föderation, V. I. Worotnikow, billigte in seiner Rede die im Entwurf der Plattform enthaltene Idee der Einführung des Instituts des Präsidenten in der Sowjetunion. Nach seinen Worten wird dies gestattet, die Staatsmacht zu festigen und die Demokratie zu schützen.

Zu den Prozessen in der Russischen Föderation stellte V. I. Worotnikow fest, daß in der Republik die Probleme der ökonomischen Selbständigkeit, der politischen Souveränität der Republik im Rahmen der Sowjetunion, Bestimmungen einzelner national-territorialer Gebilde in der Struktur der Russischen Föderation selbst erörtert werden. Die Arbeiterklasse entfalte einen Kampf für ihre Interessen, womit sie gewollt oder ungewollt zur Aktivierung des nationalen Selbstbewußtseins Rußlands beitrage.

Viele politische Gruppierungen — von „linken“ Extremisten bis zu dem konservativen — seien heute bestrebt, ihre eigene „Rußland-Karte“ auszuspielen, sagte V. I. Worotnikow. Es bestehe die Gefahr, daß auf der Woge nationaler Gefühle in Rußland auch extremistische Strömungen zum Tragen kommen

könnten. Außerst wichtig sei es daher, alles zu tun, um diesen Kräften die nationale „Karte“ abzugagen.

Nach Ansicht des Diskussionsredners war die Bildung des RSPSR-Büros des ZK der KPdSU ein gerechtfertigter Schritt, auch wenn er ohne vorherige Beratung mit Parteiorganisationen der Republik unternommen wurde. Er sprach sich dafür aus, vor dem XXVIII. Parteitag eine Parteikonferenz Rußlands einzuberufen, um die Frage der Struktur der Parteiorgane der Russischen Föderation zu erörtern.

Der Sekretär des Zentralkomitees eines Erdöl-Erdgas-Förderbetriebs in Westsibirien, J. A. Gankowski, wandte sich an M. S. Gorbatschow: „Solange Sie, Michail Sergejewitsch, nur Generalsekretär waren — das sage ich ohne jede Schmeichelei —, spürten wir, daß in der Partei neue Ideen geboren wurden, daß an Reformen und an der Überwindung des Überlebens- und Überholens gearbeitet wurde. Jetzt haben Sie vier Ämter. Es entsteht der Eindruck, daß jemand daran gelegen ist, daß der Generalsekretär in keinem der vier Ämter Erfolg hat und seine Kräfte verzettelt. Meinem Erachten müssen diese Fragen erörtert und entsprechende Beschlüsse gefaßt werden.“

Der Erste Sekretär des ZK der KP Estlands, V. I. Väälä, stimmte der Feststellung zu, daß der vorgeschlagene Plattformentwurf für den XXVIII. Parteitag der KPdSU den Erfordernissen und Aufgaben von heute gerecht wird. Zugleich verwies er darauf, daß diesem Dokument deklarative Tendenzen innewohnen. Er unterstützte den Vorschlag, auf dem Parteitag einen Parteivorsitzenden und zwei Stellvertreter des Vorsitzenden zu wählen. Nach seiner Ansicht müsse das Prinzip einer in höchstem Maße tiefgreifenden Demokratisierung der Partei unangetastet bleiben. Die Umgestaltung innerhalb der Partei selbst sei natürliche und die einzige Bedingung, die den Erfolg und das Vertrauen des Volkes garantiert, sagte V. I. Väälä.

Das Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, J. K. Ligatschow, der eine Bewertung der Perestrojka vornahm, sagte, daß das Politbüro und die Regierung bei ihrer Verwirklichung ernsthafte Fehler zugelassen haben. Viel Zeit wird für die Erörterung akuter Probleme verwendet, es mangelt aber an ent-

schlossenen Handlungen. In nächster Zeit sollten ein Geldreform, eine Reform der Preise und des Steuersystems vorgenommen werden, ohne natürlich einen Rückgang des Lebensniveaus der Bevölkerung, insbesondere ihrer minderbemittelten Schichten, zuzulassen.

Die größte, ja eine tödliche Gefahr stellen für die Perestrojka, für die UdSSR die machtvollen Kräfte nationalistischer, separatistischer und antisozialistischer Art dar. Allerdings versuche man sich nicht, die Aufmerksamkeit des Volkes abzulenken, falsche Vorstellungen in die Gesellschaft zu setzen, indem die Führung der Partei in radikalen und in konservativen eingeteilt wird und verschiedene unsinnige Gerüchte inspiert werden.

J. K. Ligatschow unterstützte den Vorschlag, in den Entwurf der Plattform des ZK der KPdSU die Bestimmung über die Einheit der Partei aufzunehmen. Die Frage aller Fragen ist die ideologische und organisatorische Festlegung der Reihen der Partei, Verstärkung der Beziehungen der KPdSU zu den gesellschaftlichen Organisationen, Bewegungen, Formationen der Werktätigen und der Jugendlichen. Und das alles hat auf demokratischer Grundlage zu erfolgen.“ Zugleich äußerte er sich gegen die Verwandlung der Partei in eine amorphe Organisation, in einen politischen Klub.

Der Redner unterstützte entschieden die Vorschläge, den Termin für den Parteitag vorzuerlegen, demokratische alternative Wahlen der Delegierten des Parteitag abzuhalten sowie die Rechte der Grundorganisationen der Partei zu erweitern und die Selbständigkeit der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken zu festigen.

Der Sekretär des ZK der KPdSU erklärte, daß er entschieden gegen Einführung von Privateigentum in der sozialistischen Gesellschaft ist. Hierbei handele es sich offensichtlich um den Fall, daß ein Volksentscheid erforderlich sei.

Nach Ansicht J. K. Ligatschows berge eine „forcierte Wiedervereinigung Deutschlands, die faktisch eine Vereinbarung der DDR bedeutet“, eine „heraufziehende Gefahr“ in sich. „Es wäre eine unverzeihliche Kurzsichtigkeit und ein Fehler, die Augen davon zu verschließen, daß am Horizont der Welt ein Deutschland, mit immensem

ökonomischem und militärischem Potential in Sicht kommt. Es bedarf realer Anstrengungen der Weltgemeinschaft und aller demokratischen Kräfte, um rechtzeitig der Frage nach einer Revision der Nachkriegsgrenzen vorzubereiten und ein neues München zu verhindern“, sagte J. K. Ligatschow.

W. A. Iwaschko, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Erster Sekretär des ZK der KP der Ukraine machte darauf aufmerksam, daß die Plattform für den XXVIII. Parteitag in einer bis zum äußersten zugespitzten gesellschaftlich-politischen Situation erörtert wird, und erinnerte daran, daß zu Lebzeiten W. I. Lenins, in jener angespannten Periode, da sich die politische Situation und die Kräftekonstellation vor den Augen der Zeitgenossen veränderten, daß zu jener Zeit Parteitag jährlich stattfanden und dazwischen auch Parteikonferenzen abgehalten wurden. Auch unter den gegenwärtigen Bedingungen wäre es nach seiner Ansicht ratsam, zur Leninschen Praxis zurückzukehren und die Arbeit der höchsten — Parteigremien wesentlich zu intensivieren.

E. A. Schewardnadse, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Außenminister der UdSSR, stellte fest, der Plattformentwurf enthalte die Grundorientierungen, von denen sich die Partei unter den Bedingungen des Übergangs zu einem demokratischen Sozialismus leiten lassen muß. Zugleich warnte der Politiker davor zu übereilen, wie verlockend auch schnelle Lösungen seien. Auf die Frage eines Mehrparteiensystems eingehend, sagte er: „Eine lebensfähige Partei bedarf keines Machtmonopols.“ Er sprach sich eindeutig für die Erhöhung des Präsidentenamtes aus.

E. A. Schewardnadse wies die Behauptungen zurück, die Umgestaltung sei für die Zerstörung der politischen Strukturen in Europa verantwortlich. „Sie wurden durch den Willen der Völker zerstört, die sich nicht mehr mit der Gewalt abfinden wollten“, sagte er.

Unter den neuen Bedingungen unterhielten die osteuropäischen Länder weiterhin gutnachbarliche Beziehungen zur Sowjetunion und blieben Mitglieder des Warschauer Vertrags und Partner bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Zugleich bemerkte

E. A. Schewardnadse, daß in Europa das Gespenst des Revanchismus umgeht, gepaart mit Einheits- und Vereinigungsideen. Der neue Stand der deutschen Frage habe gefährliche Hoffnungen auf eine Revision der Grenzen geweckt.

„Europa kann das gemeinsame Haus errichten, das für alle europäischen Völker bequem sein wird, wenn die gegenwärtige Krise ohne Erschütterungen überwunden wird“, sagte der Außenminister der UdSSR.

Für die Revision des Artikels 6 der Verfassung der UdSSR, in dem die Führungsrolle der Partei in der Gesellschaft festgeschrieben ist, sprach sich W. A. Medwedew, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, aus. Um die Reformen radikal und zugleich konsequent und kontrollierbar zu gestalten, bedarf es nach seinen Worten einer starken maßgebenden und zugleich demokratischen Macht, die vor dem Volk verantwortet. In diesem Zusammenhang bezeichnete W. A. Medwedew die Bestimmung des Entwurfs der Plattform über die Erweiterung der Vollmachten des Staates und über die Einführung des Präsidentenamtes als prinzipiell wichtig. Der Führer der Partei sollte an der Spitze der höchsten Machtstruktur des Staates stehen, sagte er.

Kritik an den Versuchen, fraktionäre Aktivitäten in der Partei zu legitimieren, übte der Arbeiter aus Sibirien A. P. Mjansnikow, Mitglied des ZK der KPdSU. Nach seiner Ansicht sei das Land noch nicht dazu bereit, zu einem Mehrparteiensystem überzugehen. Dies würde die sozialen Spannungen in der Gesellschaft und den Machtkampf drastisch verschärfen. Er verwies auf die Notwendigkeit, einen Mechanismus zur Regulierung der gegenseitigen Beziehungen der höchsten Führungsgremien der Partei und des Staates zu schaffen, und sprach sich für die Personalunion des Generalsekretärs des ZK der KPdSU und des Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR.

Der Erste Sekretär des ZK der KP Armeniens, S. G. Arutjunjan, sprach von der Möglichkeit einer Regelung des Nationalitätenkonflikts in Transkaukasien und befürwortete einen Dialog zwischen den Republik und

(Schluß S. 2)



Die Baumwollspinnerei von Alma-Ata liefert Garn an die Trikotagebetriebe der ganzen Republik. Die zahlreichen Partner schätzen die Arbeit der Spinnerei hoch ein. Sie erfüllt ihre Vertragsverpflichtungen stets termingerecht und in vollem Umfang. Das bestätigen auch die Ergebnisse des ersten Monats dieses Jahres. Die ganze geplante Produktion ist an die Verbraucher geliefert worden.

Unsere Bilder: Die Abteilungsleiterin Swetlana Sila und der Schlosser Alexander Wolf; die Spinnerin Dariga Abdybetelowa. Fotos: Juri Weidmann



Baku: Schwerer Weg zur Normalisierung

Ein weiterer Morgen der dritten Woche seit Verhängung des Ausnahmezustands über die aserbaidshansche Hauptstadt hat für die Einwohner keine erfreulichen Nachrichten mit sich gebracht. Sie begehen sich jeden Tag wie gewöhnlich zu ihrem Arbeitsplatz in die Betriebe, die Arbeit selbst nehmen aber belustigt nicht alle auf. Der Streik geht in vielen Einrichtungen weiter.

Nach Angaben des Komitees für Statistik von Aserbaidshans haben am 6. Februar von 255 Betrieben 169 gearbeitet. Es wurden lediglich 55,4 Prozent der geplanten Erzeugnisse hergestellt, während sich die Summe der Verluste in der Zeit seit dem 18. Januar bereits auf mehr als 180 Millionen Rubel beläuft.

Nach Auffassung des Stellvertreters des Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Statistik von Aserbaidshans T. Alljew sind viele Menschen über den Einzug der Truppen empört und sie äußerten ihren Protest durch entsprechende Einstellung zur Arbeit. In einem TASS-Gespräch sagte er, daß fast alle Chemiebetriebe stillliegen. Schlecht sei es auch um die Maschinenbaubetriebe bestellt. Zugleich hätten aber die Erdölförderbetriebe die Arbeit nicht eingestellt, obgleich die Fördermenge zurückgegan-

gen sei. Den Produktionsprozeß setzten auch die erdölverarbeitenden Betriebe fort.

T. Alljew sagte weiter, bei der ersten Bilanzziehung für den Februar müsse festgestellt werden, daß sich die Situation in einem gewissen Maße zu verbessern beginnt. Einige Wirtschaftszweige und Betriebe arbeiteten bereits rhythmischer als bisher. Allein schon der Umstand, daß die Verkehrsmittel wieder im Einsatz seien, müsse positiv bewertet werden. Die Wirtschaft Aserbaidshans hänge ja in vielen Fällen von der Lieferung von Kompletierungsstellen, Rohstoffen und Halbfabrikaten ab. Nach Auffassung von T. Alljew würde der Abzug der Truppen aus Baku zur Verbesserung der Situation beitragen.

Der Abzug der Truppen schließt heute das Hauptthema der Gespräche in Baku zu sein. Es kann aber wohl kaum behauptet werden, daß es bei den Einwohnern der Stadt diesbezüglich eine einheitliche Meinung gibt. Die einen bezeichnen die Präsenz der Armee als destabilisierenden Faktor, während andere überzeugt sind, daß in der gegebenen Situation nur die Armee in der Lage ist, für Ordnung zu sorgen sowie die Sicherheit und den normalen Arbeitsrhythmus der Stadt zu gewährleisten. (TASS)

Diskussionen auf dem Plenum des ZK der KPdSU

(Schluß)

die Suche nach einem gegenseitig akzeptablen Ausweg aus der Krise. „Fest steht, daß der Weg zur Eintracht zwischen den Nationalitäten ein schwerer und langer Weg sein wird“, fuhr er fort. „Doch wir sind bereit, unseren Teil des Weges zu gehen.“ S. G. Arutjunjan verwies ferner auf die Notwendigkeit, die Tatsache, daß im Lande die Herausbildung eines Mehrparteiensystems begonnen hat, zu fixieren und für die KPdSU die Möglichkeit einer Blockbildung mit den fortschrittlichsten dieser Organisationen um der gemeinsamen Ziele willen vorzuziehen.

Wie N. N. Sijukow, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, erklärte, steht er einen Ausweg aus der gegenwärtigen komplizierten Situation in der Wirtschaft des Landes in der Überwindung des Monopolismus und der Anbahnung einer mehr oder weniger harten Marktkonkurrenz. Darüber hinaus sind eine staatliche Regelung der Preise, Steuern und Zinssätze erforderlich. Der Redner rief zur Blockierung der Kanäle auf, über die das Geld aus dem Ausland fließt. Er plädierte für eine Verstärkung der Kontrolle der Finanzorgane und für den Einsatz der Steuerinspektion. In der Preisbildung müsse Ordnung geschaffen werden, betonte er. Um die von der Bevölkerung eingesparrte Geldmasse zu aktivieren, sollen unter anderem Obligationen in Umlauf gesetzt sowie der Handel mit doppeltem Preisniveau und der Kommissionshandel unverzüglich aufgenommen werden.

Viel Raum nehmen auf dem Plenum komplizierte Probleme der Beziehungen zwischen den Nationalitäten im Lande ein. Der Sekretär des ZK der KPdSU, N. N. Sijukow, analysierte den Entwurf der Plattform des ZK der KPdSU im Hinblick auf solche Prinzipien der Erneuerung der Föderation, wie die Berücksichtigung der nationalen Interessen, die Gewährleistung der Achtung gegenüber der Eigenart und der Anerkennung der Gleichberechtigung einer jeden Nation und schlug vor, die Anfangspositionen der Unionsrepubliken und der autonomen Gebilde in der Plattform zu widerspiegeln und auf die Notwendigkeit hinzuweisen, sie auszugleichen. Gerade die Ungleichheit vieler sozialökonomischer und zwischennationaler Probleme habe im Grunde genommen zu einer Krise im gesellschaftspolitischen Leben des Landes geführt. Der Redner rief das ZK der KPdSU, den Obersten Sowjet der UdSSR und die Regierung des Landes zu entscheidenden und wirksamen Maßnahmen zur Normalisierung der Lage auf.

Das Thema des Diskussionsbeitrages des namhaften sowjetischen Ophthalmologen und Generaldirektors des zweigebirgsförmigen wissenschaftlich-technischen Komplexes „Augen-Mikrochirurgie“, S. N. Fjodorow, war die weitere Erneuerung der Partei. Nach seiner Überzeugung müßte die Partei in bestimmten Fällen Kommunisten von leitenden Posten abberufen, die das Vorankommen des Landes behindern. Nach seinen Worten muß dieser Hebel auch im Kampf der Partei gegen die bürokratische Regierungsstruktur einsetzen, mit der die Partei im Laufe von mehreren Jahrzehnten zusammengewachsen ist.

Nach seiner Ansicht müßte der Führungskern des ZK der KPdSU genau unter die Lupe genommen werden. Bei einem Durchschnittsalter von rund 60 Jahren sei er ihrer Ergebnisse sich eine Gesetzmäßigkeit verfolgen läßt. Je tiefer die Krise, desto schwerer die Folgen. Folglich sei man mit den Umgestaltungen in einem ernsthaften Verzug gewesen. Als besonders kompliziert bezeichnete der Sekretär des ZK der KPdSU die deutsche Frage. Was die Reaktion der sowjetischen Seite betrafte, so sei es noch verfrüht, heute endgültige Schlüsselforderungen zu ziehen. Nach Auffassung von A. N. Jakowlew sei es „zwecklos, irgendwelche magische Rezepte zu suchen, um die Ereignisse in diesen Regionen zum Stillstand zu bringen“. Noch nicht alles sei klar, aber eins sei unverkennbar: Die Ereignisse seien aufmerksam zu verfolgen, insbesondere hinsichtlich der Sicherheit der UdSSR.

A. N. Jakowlew, der den Entwurf der Plattform befürwortete, erklärte weiter, daß in diesem Dokument „jene politischen Resultate gefunden wurden, auf denen es möglich ist, ein gesundes politisches Zentrum der Partei aufzubauen. Es wurde ferner eine Grundlage für ein gegenseitiges Einverständnis und für Zusammenarbeiten aller Kräfte innerhalb der KPdSU sowie mit allen Kräften und Bewegungen in der Gesellschaft gelegt, die für die Perestrojka sind“. Der Sekretär des ZK der KPdSU betonte: „Indem heute für die Plattform für den XXVIII. Parteitag gestimmt wird, sollte davon ausgegangen werden, daß es sich bei ihrem Inhalt nicht um ein Maximum, sondern um ein Minimum handelt, das nicht unterschritten werden darf.“

Der Redner unterstützte den Vorschlag, das höchste Amt im Lande mit mehr Machtbefugnissen auszustatten, mit anderen Worten die Idee einer präsidentiellen Staatsform, die in das politische System eingebettet sein würde. A. N. Jakowlew, der auf die Prozesse einging, die sich im Lande abspielen, erklärte, er teile nicht die Auffassung, wonach die Gesellschaft oder die Partei heute vor der Aussicht einer katastrophalen Krise stehen. „Es wird aber zu ihr kommen, wenn wir selbst im Verzug sein werden, wenn wir uns auf halbherzige Beschlüsse beschränken, und wenn wir wankend werden.“

Der Sekretär des ZK der KPdSU erklärte sich mit dem Reden des Botschafters der UdSSR in Polen, W. Browick, nicht einverstanden, der seiner Meinung nach auf Emotionen und nicht auf Argumente stützte, im Grunde genommen all das durchkreuzte, was das Zentralkomitee und sein Politbüro auf dem internationalen Schauplatz getan haben. „Natürlich ist es kaum zweckmäßig, die außenpolitischen Ergebnisse der Perestrojka nur lobzupreisen und keine Kritik auszuüben. Das ein gewaltiger Schritt zur friedlichen Zukunft der ganzen Menschheit getan wurde, ist eine Tatsache, die in der ganzen Welt anerkannt wurde.“

„Der XXVIII. Parteitag soll zu einem Parteitag der Einigung und des Durchbruchs nach vorn auf der Grundlage der Perestrojka und nicht zu einem Parteitag der Spaltung werden. Er soll zu einer Überwindung der angehäuferten brennenden Widersprüche werden. Der Entwurf der Plattform bietet die Möglichkeit der demokratischen Einigung auf der demokratischen Grundlage, nicht aber auf der Grundlage der Zwietracht.“ Die meisten Redner unterstützten die Idee einer Erneuerung der Partei und einer Revision des Verfassungsartikels 6. Sie unterbreiteten Vorschläge zur Präzisierung einzelner Thesen des Entwurfs der Plattform des ZK der KPdSU für den Parteitag.

(TASS)

Antwort auf Kritik

Kompromittierte Berufslehre oder Wie schwierig es ist, einen Justizirrtum zu berichtigen

Die Korrespondenz unter diesem Titel war in Nr. 176 der „Freundschaft“ vom 13. September 1989 veröffentlicht. Eine Anfrage bezüglich Maßnahmenergreifung ging an die Redaktion an die Staatsanwaltschaft der UdSSR. Die Antwort auf deren Bitte hin sandte die Staatsanwaltschaft der Kasachischen SSR. Darin heißt es unter anderem:

Die Staatsanwaltschaft der Republik überprüfte die Richtigkeit der Entscheidung des Antrags M. Mamedow im Zusammenhang mit dem Veröffentlichung des Beitrags „Kompromittierte Berufslehre“ in der „Freundschaft“. Es wurde festgestellt, daß Sadwokasow, Inspektor der Abteilung für den Kampf gegen die Entwendung sozialistischen Eigentums und gegen Spekulation der Rayonabteilung für Inneres in Tschkalowo, Gebiet Kokschtaw, im Sowchos „Amandyski“ verschiedene Buchungsbücher, darunter auch die Lohnabrechnungen, datiert mit März 1981, für 270 und 700 Rubel, datiert mit April 1981, für 8 117,76, 2 600 Rubel und 6 720 Rubel, und datiert mit Mai 1981, für 394,67 Rubel eingezogen hatte.

Auf Grund der gesammelten Unterlagen leitete der Untersuchungsleiter der Staatsanwaltschaft des Rayons Tschkalowo Trolimkin, ein Strafverfahren laut Artikel 76-4 Teil 2 des Strafgesetzbuches ein. Der Untersuchungsleiter der Staatsanwaltschaft beschlagnahmte auch zusätzlich die Lohnlisten, datiert mit April 1981, für die Brigade Nessenrenko in Höhe von 1 975,13 Rubel sowie fünf Lohnscheine für dieselbe Brigade in Höhe von 1 975 Rubel und zwölf Lohnscheine für die Brigade Mamedows in Höhe von 3 787,88 Rubel.

Am 14. Dezember 1981 übernahm Tschep, Untersuchungsleiter der Verwaltung des Inneren des Gebietes Kokschetaw, dieses Verfahren. Zu jener Zeit gab es in den Unterlagen auch Lohnlisten für die Brigade Mamedows vom Mai 1981 für eine Summe von 2 799,03 Rubel und vom März — für eine Summe von 1 236,58 Rubel. Andere Lohnzahlungsunterlagen wurden von den Untersuchungsführern im Laufe des Verfahrens nicht eingezogen. Es war nicht nötig, weil Mamedow die Privatunternehmerfähigkeit, die Herstellung von Preßschliffplatten im Februar bis März 1981 und die Entwendung von Geldmitteln durch Beugung im Sowchos im April 1981 inkriminiert wurde. Die Lohnlisten und die Lohnscheine für diese Periode wurden im Sowchos eingezogen und der Strafsache beigelegt; auf Grund dieser und anderer Materialien wurde gegen ihn eine Beschuldigung erhoben.

senheit wurde Mamedow aufgefordert, zu erklären, aus welchen Berechnungen sich die erforderliche Summe des Schadenersatzes — 31 992 Rubel ergibt, und das irgendwie dokumentarisch zu belegen. Jedoch konnte der Antragsteller nichts sagen und erklärte, der Untersuchungsführer Tschep habe ihm während der Voruntersuchung Lohnlisten vorgelegt, wo gegenüber seinem Namen die Summen 500 bis 600 Rubel gestanden hätten, er habe sich jedoch darunter nicht unterzeichnet, was er dem Untersuchungsführer auch erläuterte habe. Mamedow wurde klargestellt, daß die Lohnlisten auf Grund der Abrechnungsliste aufgestellt werden und daß diese für das Jahr 1981 vollständig erhalten geblieben sind; die erwähnten Summen sind dort aber nicht angegeben.

Gemäß Punkt 9 der Anweisung des Finanzministeriums Nr. 27 vom 4. März 1982 über die Anwendungsordnung der Schadenersatzbestimmung wird der monatliche Durchschnittsverdienst zur Feststellung der zu ersetzenden Schadenhöhe durch das Dividieren des Einkommens, erarbeitet in dem der Verantwortlichmachung vorhergehenden Jahr, durch 12 errechnet. Mamedow wurde am 4. Dezember 1981 verhaftet. Die 8 Monate und 3 Tage der Inhaftierungsfrist während der Voruntersuchung gehörten mit zu seiner fünfjährigen Strafverbüßung. Unterlagen, vorgelegt von der Buchhaltung des Sowchos „Amandyski“, mit dem sich Mamedow vor seiner Verhaftung zur Verantwortung im Arbeitsverhältnis befand, bekam er im Jahre 1982 keine Geldsummen angerechnet, und im Jahre 1981 belief sich sein monatlicher Durchschnittsverdienst auf 122,39 Rubel.

In den fünf Jahren seiner Strafverbüßung standen ihm 7 343,40 Rubel zu. Zu dieser Summe sind noch der Aufwand verbunden, mit dem Erhalt einer Rechtshilfe in der Rechtsberatungsstelle sowie die Verfahrensausgaben hinzuzurechnen, die im Mai vorigen Jahres wurden in die Staatsanwaltschaft des Gebiets Kokschetaw vorgelegt; der Untersuchungsführer der Verwaltung des Inneren, der die Voruntersuchung in diesem Verfahren durchführte, der stellvertretende Leiter des Untersuchungsbezirks der Verwaltung des Inneren, der das Urteil über den Schadenersatz in Höhe von 2 470,44 Rubel fällte, und der Buchhalter des Lohnbüros im Sowchos „Amandyski“ mit allen vorhandenen Unterlagen von 1981 bezüglich der Brigade Mamedow. In ihrer An-

gemäß den vom Rechtsanwaltskollegium vorgelegten Unterlagen 343 Rubel in den Jahren 1987 bis 1988 (Rechtsanwalt K. W. Gribkow) und 160 Rubel in der Zeit von 1981 bis 1986 (Rechtsanwalt A. G. Bolschenko) — insgesamt also 503 Rubel — ausmachten.

Insgesamt hatte Mamedow auf diese Weise 7 846,40 Rubel zu bekommen. Jedoch erhielt er beim Aufenthalt in Arbeitsbesserungseinrichtungen gewisse Summen als Arbeitslohn, die aus der Gesamtsumme des Schadens abgezogen werden mußten, und zwar 5 375,96 Rubel.

Es wurden keine Dokumente zur Bekräftigung der von ihm beantragten Schadenssumme von 31 992 Rubel vorgelegt. Eventuelle Reisekosten wurden nicht in Betracht gezogen, da der Durchlauf des Kriminalfalls Nr. 3885 durch alle Stadien des Gerichtsverfahrens mit keiner Reise Mamedows in andere Orte verbunden war.

Somit stehen Mamedow auf Grund der aus verschiedenen Einrichtungen eingeleiteten Unterlagen 2 470,44 Rubel als Ersatz des Schadens zu, welcher ihm beigefügt wurde durch die ungesetzlichen Handlungen der Voruntersuchungsorgane, der Staatsanwaltschaft und des Gerichts.

Der am ungesetzlichen Heranziehen Mamedows zur strafrechtlichen Verantwortung schuldige Untersuchungsführer Tschep und der Leiter der Untersuchungsabteilung der Verwaltung des Inneren Nekos sowie sein Stellvertreter Tleuberdin, welche nicht die nötige Kontrolle bei diesem Verfahren ausübten, waren zu dem Zeitpunkt, als im Innenministerium der Kasachischen SSR unsere Vorlegung über die Bestrafung der daran Schuldigen einlief, aus den Organen für Innere Angelegenheiten berait entlassen.

W. KORTSCHAGIN, Stellvertretender Leiter der Untersuchungsverwaltung der Staatsanwaltschaft der Kasachischen SSR



Zur Erfüllung des Wohnungsbauprogramms werden in der Produktionsvereinigung „Zeljenergo“ verschiedene Formen des Bauens angewandt. Einen besonderen Platz nimmt darunter der Jugendwohnkomplex ein. Seit Jahresbeginn wurden im Gebietszentrum zwei Mehrfamilienhäuser übergeben. In zwei Jahren verringerte sich die Zahl der registrierten Wohnungssuchenden um 44,5 Prozent. Allein in diesem Jahr feierten 244 Familien der Vereinigungsmilitarbeiter Einzug.

Um die Einhaltung ökologischer Vorschriften

Die Einwohner der an das Karagandaer Heizkraftwerk Nr. 3 angrenzenden Wohnbezirke werden jetzt dessen Leitung nicht mehr belästigen: Ein vom Gebietskomitee für Naturschutz organisierter Wettbewerb hat den Wärmeenergieverlust geholfen, das Problem der staubenden Aschehalde zu lösen und dadurch die ökologische Situation der Zone zu sanieren. Eine effektive Methode der Bearbeitung der Aschehalde mit einer Wasserlösung auf der Basis der Bindemittelabfälle von Kalkhydrat der Produktionsvereinigung „Kanbid“ war von einer Gruppe Fachleute des Unionsforschungs- und Entwurfsinstituts für Kohlen ausgearbeitet und zum Wettbewerb vorgelegt worden. Sie gewann dann auch den Preis. Insgesamt waren zum Wettbewerb der ökologischen Ideen und Entwicklungen zur Festigung der Aschehalde etwa 30 Vorschläge eingelaufen. Das Kollektiv des 3. Heizkraftwerks, das die Finanzierung übernahm, spendete 1 500 Rubel.

Nach der Idee der Organisatoren werden solche Veranstaltungen zur Regel werden, denn im Gebiet gibt es noch viele Betriebe, die der Rationalisatorenhilfe bedürfen. So stellte die Produktionsvereinigung „Karagandagormasch“ für den Wettbewerb zur Lösung des Problems der Regeneration und Neutralisierung von Emulsöl, das im technologischen Prozeß genutzt wird, 5 000 Rubel bereit. Eine große Menge dieser Produktion gelangt heute in die Industriekanalisationssysteme, wofür der Betrieb oft Strafen zahlen mußte. Auch das Kollektiv des Karagandaer Werks für Haushaltskühlgeräte hat vor, die Aufgabe des Naturschutzes mit Hilfe des Wettbewerbes zu lösen. Nach Schätzung der Fachleute fügen heute die Abfälle seiner Kesselanlage der Natur einen Schaden zu, der sich auf etwa eine Million Rubel beläuft.

(KasTAG)

Dank der Rekonstruktion

Bedeutend verringert hat sich jetzt im Armaturenwerk Semipalatinsk der Graubauverbrauch bei der Herstellung von Absperrschiebern, die von den Melloratoren und Gasarbeitern des Landes verwendet werden. Dank der Rekonstruktion des führenden Produktionsbereichs ist es gelungen, das Gewicht zugleich zweier Erzeugnisarten zu erleichtern. Durch die Installation neuer Ausrüstungen wird der Betrieb jährlich rund 700 000 Tonnen, kostspieligen Metalls sparen können, was einen soliden Effekt ergab. Die erste Partie der vervollkommenen Absperrschieber ist an die Abnehmer abgefertigt worden.

Georg RAU

213 Jahre Abenteuer zwischen Donau und Wolga

In Rußlands Hauptstadt

„Johann und Georg rissen die Augen weit auf, als sie in die russische Hauptstadt einfuhren. Sie hatten auf ihrer langen Reise manche Stadt durchritten, in den letzten Wochen Wilna, Dünaburg, Pleskau und Nowgorod. Aber die verbliebenen alle gaben die Pracht von Sankt Petersburg mit seinen Palästen, seinen zahlreichen Kirchen und der breiten Straße an der Neva entlang.“

Auch Hermann Laub war sehr beeindruckt, doch er ließ es sich nicht anmerken. Er gelang ihm bald, eine Wohnung für sich und seine Freunde zu finden. Während sich die beiden von den Strapazen dieser ersten Reisezeit ausruhten, entfaltete er schon wieder eine fieberhafte Tätigkeit.

Zuerst lieferte er im Ministerium die Akten und Schriftstücke ab, dann machte er sich auf den Weg zur „Tutel-Canzley“, um sich zu erkundigen, wie es weitergehen sollte. Die „Tutel-Canzley“ arbeitete zwar, aber große Klarheit über Einzelheiten schien nicht zu bestehen. Man hatte eine Abteilung von Einwanderern im Gebiet der unteren Wolga eingerichtet, und die Beamten und Schreiber waren abgereist, um das in Frage kommende Gebiet zu vermessen, aber sie liebten sich Zeit.

Reisenotizen

Transportführer angewiesen waren. Hermann verstand es dank seiner Sprachkenntnisse und seiner Beziehungen aus der Zeit seiner Tätigkeit bei den russischen Gesandten Golizyn, Türen zu öffnen und Wege zu finden, die anderen verschlossen geblieben. Auch das den Einwanderern versprochene Tagelohn schaffte er herbei.

Johann Fein benutzte die Zeit des Wartens, um mit offenen Augen diese neue Welt zu erleben. Wochenlang war er kaum aus dem Sattel gekommen, jetzt wanderte er manchmal kreuz und quer durch die Stadt. Einige Brocken Russisch hatte er auch schon aufgeschnappt.

Hermann, oder Chermann Chermannowitsch, wie er nun hieß, war selbst noch nie in Rußland gewesen, jedoch gab er sich die größte Mühe, es sich nicht anmerken zu lassen. Für das Gelingen ihrer Sache war das sicher recht gut. Er wollte nicht auffallen, sich in nichts von den Russen unterscheiden. So zierte ihn ein prächtiger Bart.

„Nicht zu ändern. Wir müssen im Winter aufbrechen, damit wir rechtzeitig mit Frühjahrsbeginn an Ort und Stelle sind. Es ist eine weite Reise.“

„Ich bin Schmied und kein Bauer“, warf Georg ein. „Ich weiß, ich weiß“, bestätigte ihn Hermann. „Es war aber nicht anders zu machen. Du kannst dein Handwerk nebenbei betreiben. Oder willst du allein hier in Sankt Petersburg zurückbleiben?“

„Ich unter keinen Umständen. Wie sollte ich mich verständlich machen? Nein, ich gehe mit euch und nehme eine Siedlerstelle an.“ „Ihr könnt euch auf mich verlassen: Was ich mache, ist nur zu eurem Besten. Ich bin als Berater für die deutschen Landsleute eingesetzt worden. Sobald wir an Ort und Stelle sind, verschaffe ich uns das Geld für die Häuser, das Vieh und die nötigen Geräte.“

Nachforschungen

Vor einem Jahr verbrachte ich einen Monat in der Pension „Aradager“ in Alma-Ata, um mich von den Ärzten behandeln und dem Küchenpersonal verwohnen zu lassen, vor allem aber, um in der dort herrschenden Stille und in aller Bequemlichkeit an meinen Schriftstücken zu arbeiten. Just zu dieser Zeit war eine Malerbrigade in den Räumen drauf und dran, Wände, Decken und Fußböden mit einem neuen Anstrich zu versehen. Bald wurde ich mit den von Kopf bis zu Fuß mit Farbe bekleckelten Frauen bekannt, unter denen es auch drei Deutsche gab. Eines Tages sagte Valentine, eine der Malerinnen, zu mir: „Georgi Pawlowitsch, stellen Sie sich vor: gestern erkannte ich in einer von der Schweiz stammenden Fernsehsendung den Bruder meines Großvaters. Er heißt Eduard Alexandrowitsch Falz-Fein und leitete eine Seniorengruppe von Touristen, die einen Fußmarsch auf den Spuren Suworows durch die Bergpässe der Schweiz unternahm. Ich bin noch davon ganz benommen. Bisher nahm ich an, ich sei jetzt die Letzte aus der großen Familie der Falz-Feins.“

Ich glaube mich verfehlt zu haben! Ein Nachkomme der Falz-Feins! Aber warum lautete Valentines Familienname schlicht Fein? „Ja, ich bin tatsächlich ein Nachkomme der Falz-Feins. Aber all die Jahre durfte ich davon nichts verlauten lassen, denn, wie Sie wissen müssen, war die Verwandte eines Barons bei uns keine geringere Person. Ich bin hier ganz allein, ohne Verwandte, denn mein Vater ist in der Arbeitsarmee verschollen, meine Mutter — längst tot. Kinder habe ich keine. Wie gerne aber möchte ich einen nahen Menschen in der Nähe wissen, mit dem ich über Freuden und Leiden sprechen könnte! Den Namen Falz-Fein durften übrigens nur die direkten Nachkommen des

An der Wolga

„Oben auf dem Berg stand Johann und sah hinunter auf die Wolga, die infolge der Eis- und Schneeschmelze weit über die Ufer getreten war. Stellenweise konnte man das gegenüberliegende Ufer überhaupt nicht sehen, und der Strom glich eher einem Meer. Die Wiesenseite der Wolga, wie man das linke Ufer im Gegensatz zur Bergseite, nannte, lag in einer unendlichen Weite da. Land, Land, Land und keine Menschen, die es bebauten.“

Endlich begann die Vermessungskommission zu arbeiten. Sie besaß sich zwar nicht übermäßig, aber wenigstens wurde ein Anfang gemacht. Die ausländischen Siedler wollten man in zwei Gruppen aufteilen. Die eine Gruppe sollte auf der Wiesenseite der Wolga untergebracht werden und die andere auf der Bergseite.

letzten Friedrich Falz-Fein tragen, also die Nachkommen väterlicherseits.

Valentine Fein hatte aber während der Sendung nicht mitgedacht, wo der adelige Verwandte zu Hause ist. Ich beschloß, mit Hilfe meiner Schweizer Freunde Valentine zu helfen und eine Verbindung zwischen ihr und ihrem Großonkel herzustellen. Noch am selben Tag ging ein Brief nach Teufen an Frau Ina Rau ab.

War es Hermann Laub gelungen, in der Kanzlei das Geld für das Kleblatt zu bekommen, so erlitt er mit dem Holz für den Häuserbau und das Vieh ein Fiasko. Der Winter war nicht mehr fern, und die Freunde konnten mit dem Bau der Unterkünfte nicht länger warten. Sie errichteten eine Erdhütte, die sie mit Baumzweigen und Erde deckten. Für die mageren Kühe, die Hermann doch noch herbesserte, wurden aus Zweigen Unterkünfte eingerichtet, die die neugebackenen Siedler mit Lehm bestrichen. So überwinterten sie, Hermann verbrachte den Winter in Saratow, wo er als Kaufmann gute Geschäfte machte. Im Frühjahr des kommenden Jahres kamen die ersten Siedler. Johann und Georg freuten sich über den Zuwachs, denn während des Winters hatten sie nicht wenig Angst auszustehen gehabt, da sie, nur zu zweit, im Ernstfall gänzlich räuberbanden ausgeliefert gewesen wären. Aber bald schon kam die Enttäuschung. Die Neuankömmlinge, die zum größten Teil aus der Pfalz kamen, fanden nichts weiter vor, als das ihnen zugewiesene Land. Kein Bauholz, kein Vieh, keine Geräte und kein Saatgut. Johann Fein versuchte sie zu überreden, sofort mit dem Bau von Erdhütten oder Lehmhütten anzufangen, stieß aber auf Widerstand. Die Leute pochten auf ihr Recht und auf das Versprechen, die Kaiserin sel verpfllichtet, ihnen zu helfen.

(Fortsetzung folgt)



PANORAMA

KP Vietnams besteht auf Führungsrolle

Die Kommunistische Partei Vietnams besteht auf ihrer Führungsrolle, geht aus einem in der KP-Zeitung „Nhan Dan“ veröffentlichten Thesenpapier zur Vorbereitung der 8. ZK-Tagung hervor. Die voraussichtlich im März stattfindende Tagung wird sich mit dem Verhältnis der KPV zu Staat und gesellschaftlichen Organisationen befassen.

Die Partei, so heißt es, müsse die organsatorische Souveränität der Volksvertretungen, Staatsorgane und Massenorganisationen strikt achten, gleichzeitig aber ihre Führungsrolle bei staatlichen

Entscheidungen durchsetzen. In den Thesen wird eingeschätzt, der vom 11. KP-Parteitag vor drei Jahren eingeschlagene Erneuerungskurs werde zwar von der Bevölkerung unterstützt, doch die bisherigen Resultate entsprechen nicht den Erfordernissen. Die Erneuerung habe nur Erfolg, wenn die Mitbestimmung der Menschen erweitert und eine enge Verbindung der KPV mit dem Volk gewährleistet würden. Nach Meinung der Verfasser des Papiers sollte die mündliche Propaganda „bis in jede Familie“ ausgedehnt werden.

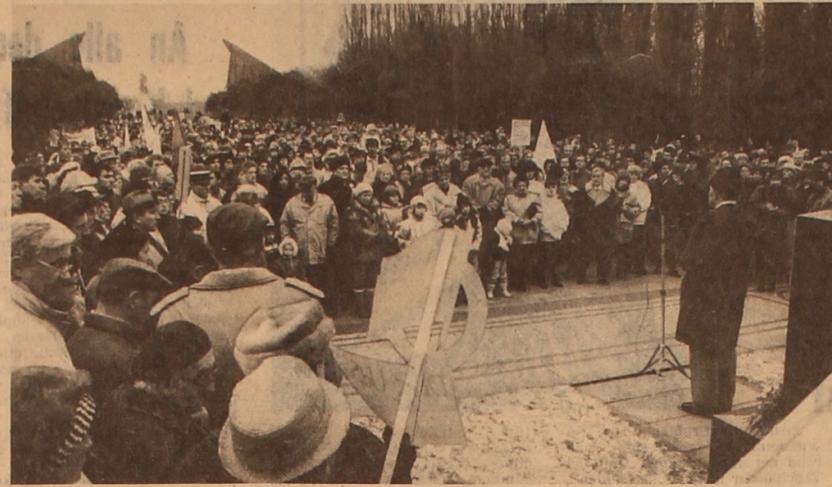
Mit Rundem Tisch zum nationalen Konsens

Der Runde Tisch als ein Novum in der Geschichte Bulgariens fördert den Demokratisierungsprozess im Lande. Das unterstrichen die Delegierten der Bulgarischen Kommunistischen Partei (BKP) und der Bulgarischen Bauernpartei (BBP) in Sofia am Runden Tisch.

Regierungschef Andrej Lukanow (BKP) versicherte, die von ihm zu bildende Regierung werde sich am Runden Tisch in allen wichtigen Fragen konsultieren

und so den Weg zu einem nationalen Konsens ebnen. Die BBP-Delegation erklärte, ihre Partei sehe die wichtigste Aufgabe darin, im Interesse des Landes eine breite Basis für die Regierungsarbeit zu sichern. Sie wende sich gegen den Aufschub der für Mai vorgesehenen Wahlen.

Die Gespräche am Runden Tisch würden mit der Debatte eines Berichts des Innenministers zur Reorganisation seines Verantwortungsbereiches fortgesetzt.



Ihre Empörung über neofaschistische Schmierereien am Ehrenmal für die bei der Befreiung Berlins vom Faschismus gefallenen sowjetischen Soldaten in Berlin-Treptow brachten am 30. Dezember 1989 etwa 2 000 Einwohner der DDR-Hauptstadt während einer Kundgebung in der Gedenkstätte zum Ausdruck. Unbekannte Täter hatten in der Nacht vom 27. zum 28. Dezember 1989 acht Sarkophage und den Sockel der Krypta mit faschistischen Losungen beschriftet.

Ein weiterer Massenprotest vereinte an gleicher Stelle am 4. Januar 1990 mehr als 250 000 Bürger aus Ost und West. Ihr Protest richtete sich zugleich gegen die Schändung anderer Gedenkstätten und Ehrenhaine in der DDR. Eine Hauptforderung der Kundgebungsteilnehmer war die Schaffung einer Einheitsfront gegen Neonazismus, Neofaschismus, Rassenhaß und Ausländerfeindlichkeit.

Foto: ADN/TASS

Historischer Tag Neuseelands für Maori und Pakeha

Den 150. Jahrestag der Unterzeichnung des Waitangi-Vertrages begingen die Neuseeländer im Zeichen der Besinnung auf historische Wurzeln und in der Hoffnung, die aus verschiedenen Kulturen gewachsene einheitliche Nation zu festigen. Über 70 000 Maoris und Pakeha — wie die neuseeländische Bevölkerung und die europäischen Siedler genannt werden — waren nach Waitangi in der Bay of Islands auf der Nordinsel gereist, wo am 6. Februar 1840 Maori-Häuptlinge und Abgesandte der britischen Krone die Gründungsurkunde der neuseeländischen Nation unterschrieben, die die Maoris mit den britischen Siedlern rechtlich gleichstellen sollte.

Zu den Ehrengästen der Feierlichkeiten gehörten Königin Elisabeth II., die Königin von Neuseeland, sowie Nachkommen jener ersten europäischen Siedler und Maoris, die den Vertrag unterzeichneten. Hunderte Boote ankerten zur Begrüßung der Königin in der Bucht. Neben Schiffen der neuseeländischen Marine und Sportbooten bildeten die „Tall Ships“, die großen Segler, und 22 Kriegskanonen der Maori-Stämme besondere Attraktionen. Die bis zu 30 Meter langen und kunstvoll geschnitzten Kanus, von 100 Maoris mit Stechpaddeln bewegt, waren von Jungen, teilweise arbeitslosen Maoris für das Jubiläumsjahr 1990 gebaut worden.

In den Ansprachen von Königin Elisabeth, Premier Geoffrey Palmer und dem Vorsitzenden des neuseeländischen Maori-Rates, Sir Graham Latimer, ließ es übereinstimmend, daß die drei kernaussagen des Waitangi-Vertrages bis heute nicht völlig erfüllt wurden. Unterbrochen von Sprechchören „Honor the Treaty“ (respektiert den Vertrag) erklärte Premierminister Palmer, die heutige Generation von Neuseeländern werde daran gemessen, wie sie die Ungerechtigkeiten der Vergangenheit im Zusammenleben der Rassen und Kulturen überwinden werde. Mit harter Arbeit gelte es, Ungerechtig-

keiten und Ungleichheit zu überwinden und eine einheitliche Nation aufzubauen.

Der 6. Februar 1990 hatte in Waitangi mit dem Nachvollzug der historischen Vertragsunterzeichnung begonnen. Damals hatten über 50 Maori-Häuptlinge — in den Monaten danach folgten noch 500 — und William Hobson als Beauftragter der Krone das nur aus 418 Worten bestehende Schriftstück unterzeichnet. In den drei Artikeln des Vertrages gewährten die Häuptlinge der britischen Krone die absolute Souveränität über ihr Land. Die britische Königin verpflichtete sich, die individuellen Land-, Forst- und Fischereirechte der Maori-Stämme zu schützen, zu respektieren und den Maoris die gleichen Rechte und Pflichten wie allen britischen Untertanen zu geben.

Bis in die Gegenwart ist die Auslegung des Vertrages, dessen englische und Maori-Fassung leicht voneinander abweichen, umstritten. Während zur Zeit der Vertragsunterzeichnung 200 000 Maoris und nur einige Hundert Siedler in Neuseeland lebten, wurden die Ureinwohner durch den später einsetzenden Siedlerstrom zurückgedrängt, ihres Landes beraubt, vielfach betrogen und unterdrückt.

Erst in jüngster Zeit wächst das Bewußtsein der Neuseeländer, daß auf dem Unrecht der Vergangenheit und der Nichterfüllung des Waitangi-Vertrages schlecht eine gemeinsame Zukunft von Maoris und Pakeha aufgebaut werden kann. Maoris machen heute drei Prozent der drei Millionen Neuseeländer aus — sie führen jedoch in Statistiken der Arbeitslosen, haben die geringste Bildung, die höchste Kriminalitätsrate, Kürzungen der Sozialleistungen bewirkten die Zunahme von Alkoholismus und Kindersterblichkeit unter ihnen.

Aus all diesen Gründen wurde 1990 zu einem Jahr erklärt, in dem die Grundlagen für ein harmonisches Zusammenleben der beiden Rassen und Kulturen erweitert werden sollen.

„Avantgardistische Kraft“ — für demokratischen Sozialismus

Die Mongolische Revolutionäre Volkspartei will auch künftig die „avantgardistische Kraft in der Gesellschaft“ sein. So steht es im Statutenentwurf, den das Politbüro als erstes Dokument des am Ende November angesetzten XX. Parteitags zur Diskussion unterbreitet hat. Darin betrachtet sich die MRVP als politische Organisation, „die in ihren Reihen den fortgeschrittenen Teil der Arbeiter, Viehzüchter und der Intelligenz vereint und die die Grundinteressen und Erwartungen des ganzen Volkes zum Ausdruck bringt“. Sie sieht ihr höchstes Ziel darin, alle Schichten der Bevölkerung im Namen der Schaffung eines humanen, demokratischen Sozialismus zu

sammenschließen. Theoretische Grundlage bleibe der Marxismus-Leninismus.

Bei einem Vergleich mit dem vor 24 Jahren auf dem XV. Parteitag beschlossenen Statut fällt auf, daß die Partei nunmehr mit der weiteren Demokratisierung in ihren Reihen ernst macht. Den Parteikomitees der Bezirke, Städte und Kreise würden größere Rechte und Entscheidungsfreiheiten auf ihrem Territorium eingeräumt. Der auf den jüngsten Plenartagungen des ZK proklamierte Kampf gegen Bürokratie und Amtsmissbrauch ist ebenfalls im Statutenentwurf verankert. Die Mitglieder sollen, mehr Möglichkeiten zur Meinungsäußerung und zu wahrhaftiger ob-

jektiver Kritik erhalten. Wie die Partei mit Briefen, Eingaben, Beschwerden und Informationen aus der Mitgliedschaft und dem Volk arbeite, haben Revisionskommissionen des ZK sowie der Bezirks- und Stadtkomitees zu kontrollieren.

Die Wirtschaft soll künftig mit ökonomischen Mitteln geleitet werden. Das verdeutlicht der Wegfall aller Passagen, die einst die Tätigkeit der Grundorganisations in landwirtschaftlichen Genossenschaften, Staatsgütern, Industrie, Bau- und Verkehrsunternehmen, aber auch bei der Post, in Schulen, Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen bestimmten. Wie es in dem Entwurf heißt, wird sich die Partei nach dem

Territorial- und Produktionsprinzip organisieren. Parteizellen werden am Arbeitsplatz der Mitglieder und Grundorganisations und Komitees territorial gebildet. Jedenfalls ist nicht mehr die Rede vom Kampf um Planerfüllung, von Mobilisierung der Massen in Industriebetrieben oder von Bestätigung der Sekretäre von Grundorganisations in den Ministerien durch das ZK. Neu ist die Formulierung: „Erforderlichenfalls können in Wohngebieten Parteizellen gebildet werden“. Solche waren in den 80er Jahren vor allem in Ulan-Bator schon entstanden, in ihnen hatten sich die Rentner organisiert. Stark dezimiert wurden auch die einstigen Festlegungen zum Verhältnis Partei — Jugendverband. Im Ent-

wurf des Statuts fehlt die frühere Forderung, „aktiv zur Erfüllung der Parteibeschlüsse beizutragen“. Die Partei sieht im Jugendverband jetzt einen „aktiven Helfer“, zugleich sichert sie ihm auch Hilfe bei der Erziehungstätigkeit zu.

An anderer Stelle heißt es: „Die Partei mischt sich nicht in die Angelegenheiten der staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen ein und ersetzt diese nicht. Sie unterstützt deren Initiativen und deren Selbständigkeit.“

Auch der Entwurf einer neuen Wahlordnung ist in der Diskussion. Dem neuen Statut folgend sieht sie vor, daß die Leitungen aller Ebenen alle fünf Jahre gewählt werden. Der Generalsekretär und die Sekretäre des ZK sowie alle Sekretäre in Bezirken, Städten und Stadtbezirken dürfen auf derselben Ebene nur einmal wiedergewählt werden. Mitglieder wie Delegierte von Konferenzen können sich selbst als Kandidaten für die Wahl in eine Leitung stellen.

Ungerechtfertigter Anspruch

Zum „Tag der Nordinseln“ blies am Mittwoch ein eisiger Wind aus Japan in Richtung Sowjetunion. Premierminister Toshiki Miifu forderte auf einer Kundgebung in Tokio die Rückgabe von vier Inseln nordöstlich von Hokkaido und nannte die aktuellen Besitzverhältnisse eine „bedauerliche 45jährige Okkupation durch die UdSSR“.

Das ansonsten außenpolitisch eher zurückhaltende Japan agiert in dieser Frage ohne jeden diplomatischen Schörkel: Die Sowjetunion müsse Kompromisse eingehen, sonst werde das bilaterale Verhältnis weiter auf Eis liegen. In dieser Frage sind sich alle politischen Kräfte des Landes prinzipiell einig. Mehr als 50 Millionen Japaner haben eine entsprechende Petition unterzeichnet.

Die Inseln Etorofu, Kunashiri, Shikotan sowie die Habomai-Gruppe stehen zwischen Japan und der UdSSR, geographisch und politisch. Beide Seiten beanspruchen die Eilande mit verschiedenen historischen Argumenten.

Die Rechtslage ist in der Tat verwickelt. Historiker scheiterten ebenso an einer Klärung wie Rechtsexperten.

Offenkundig ist, daß nur eine politische Lösung den Disput beenden kann. Optimismus schöpft Tokio vor allem aus einer Äußerung M. S. Gorbatschows, der gegenüber Ex-Außenminister Shintaro Abe im Januar in Moskau die japanische Territorialforderung „natürliches Recht“ nannte. Japan interpretierte dies als Willensbekundung für die Verbesserung der Beziehungen. Vor dem für 1991 geplanten Gorbatschow-Besuch in Japan müßten Lösungswege zumindest absehbar sein, wenn Gespräche über die von der UdSSR gewollte Wirtschafts Kooperation Aussicht auf Erfolg haben sollen.

Das japanische Ziel ist klar und findet auch in der Wahl des Datums für den „Tag der Nordinseln“ seinen Ausdruck: Am 7. Februar 1855 wurde ein russisch-japanisches Abkommen unterzeichnet.

Paradiesisches Grün in der Betonwüste

Die Avenida Insurgents gilt als längste Straße von Mexiko-Stadt, von 43 Kilometern ist die Rede. Beldersdieser zu jeder Tageszeit mit ungezählten Autos vollgestopften Asphaltchlange ist kaum einmal ein Baum zu sehen. Und doch — ganz im Süden, nahe des Olympischen Dorfes von 1968, hält sich hinter dicken Steinmauern eine in diesem Umfeld geradezu paradiesisch wirkende Parkanlage versteckt. An der Avenida de Pena Pobre heißt das 2 100 Quadratmeter große Kleingarten, an dessen Existenz noch vor drei Jahren nicht zu denken war.

Hier stand bis dahin eine Zellulosefabrik, die das Grundwasser vergiftete und die Luft verpestete. Beschwerden der anwohnenden Bevölkerung, über Umweltschutzgruppen kanalisiert, fanden Gehör bei der Regierung, das Werk

wurde abgerissen und in die Provinz verlegt. An seiner Stelle sollte eine „grüne Zone“ entstehen. Geschäftstüchtige Unternehmer witterten ihre Chance, wollten ein Hotel oder ein Kongreßzentrum „im Grünen“ errichten. Doch die Bürgerinitiativen mobilisierten die Öffentlichkeit und setzten sich mit einem für die 20-Millionen-Metropole bisher wohl einmaligen Park-Projekt durch.

Innerhalb eines Jahres entstand eine zauberhafte Grünanlage, in die auch ehemalige Wohnbaracken von Arbeitern der Fabrik einbezogen wurden. In ihnen befinden sich heute ein Cafe, eine Umweltbuchhandlung, Versammlungs- und Videoräume sowie ein Computerzentrum, von dem aus über das Nationalinstitut für Wissenschaft und Technik ökologerelevante Daten aus aller Welt abgerufen werden können. Mehrere

Kabinetts Informieren über den Anbau von BioGemüse, die Nutzung von Solarenergie und die Vermeidung von Industrieemissionen. Eine Mini-Farm gibt praktische Anschauung im alternativen Gewächshaus-Gemüseanbau für den Eigenbedarf.

Auch an Kaufstübe ist gedacht: Pflanzensamen und handwerkliche Gegenstände sind ebenso im Angebot wie Brot und Kuchen aus der eigenen kleinen Bäckerei. Probepappen gibt es umsonst. Gratis ist auch das wohl kostbarste, das der Park zu bieten hat: Hier sprudelt die einzige Wasserquelle in ganz Mexiko-Stadt, aus der man bedenkenlos trinken kann. Dieses Labsal läßt sich kaum ein Besucher entgehen. Finanziert wird der auf privater Basis von enthusiastischen jungen Leuten verschiedenster Berufe betriebene Öko-Park vorwiegend durch Konzerte, Ausstellungen, Festivals und den Verkauf genannter Produkte. Als Hauptanliegen ihrer das Wecken von mehr Verständnis für den Schutz der in ihrer Heimat vielerorts bereits schwer geschädigten Umwelt.

In wenigen Zeilen

BERLIN Gegen den ehemaligen Gewerkschaftsvorsitzenden Harry Tisch und den früheren Vorsitzenden der CDU, Gerald Götting, wird voraussichtlich in der kommenden Woche Anklage erhoben. Die Vorwürfe gegen sie, insbesondere Vergeudung staatlicher Mittel und Ressourcen, hätten sich bestätigt, teilte Vizegeneralstaatsanwalt Prof. Lothar Reuter auf einer Pressekonferenz in Berlin mit. Wichtigstes unter insgesamt 25 Ermittlungsverfahren auf zentraler Ebene sei das wegen dringenden Hochverratsverdachts gegen Erich Honecker, Günter Mittag, Erich Mielke und Joachim Herrmann.

BONN Die BRD-Regierung verkündete auf einer Kabinettsitzung ihre Bereitschaft, in Verhandlungen über eine Währungsunion zwischen beiden deutschen Staaten einzutreten. Das teilte Regierungssprecher Hans Klein vor der Bundespressekonferenz mit. Mit Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl sei zuvor ein umfangreicher Gedankenaustausch geführt worden, und man habe in allen Grundsatzfragen übereinstimmend.

Auf sechs Spuren über den Tejo

Die „Brücke 25. April“, eines der Wahrzeichen der portugiesischen Hauptstadt Lissabon, soll leistungsfähiger werden. Geplant ist, sie bis 1991 um zwei Fahrbahnen zu erweitern, so daß der Verkehr dann über jeweils drei Richtungsspurten fließen kann.

Die „Ponte“ (Brücke), wie sie die Portugiesen nennen, ist die direkte Verbindung zwischen der Hauptstadt und den Wohngebieten sowie den Industriezentren am Südufer des Tejo und darüber hinaus zum Süde, des Landes. Sie ist mit einer Länge von 2 278 Metern eine der größten Hängebrücken Europas. Befestigt an zwei mächtigen Pylonen, erstreckt sich das Fahrbahndeck in 70 Metern Höhe über dem Wasserspiegel des Tejo. Auf seinen bisher vier Spuren können in beiden Richtungen insgesamt 6 000 Kraftfahrzeuge stündlich den Fluß überqueren. Die Mindestgeschwindigkeit, in Spitzenzeiten des Verkehrs nicht zu erreichen, beträgt 40 Kilometer pro Stunde, die Höchstmarke 70 km/h. Fußgänger, Radfahrer und Fuhrwerke ist die Benutzung der Brücke untersagt, sie sind auf die Fährn angewiesen.

Das imposante Bauwerk ist der Golden Gate Bridge in San Francisco nachempfunden. Als es zwischen 1962 und 1966 von US-amerikanischen und portugiesischen Firmen errichtet wurde, ging man davon aus, daß 1987 etwa elf Millionen Fahrzeuge die Brücke überqueren würden. Die Wirklichkeit hat diese Prognose jedoch weit übertroffen: Im vergangenen Jahr haben 34 Millionen Autos die „Ponte“ benutzt, ein Rekord seit der Einweihung am 6. August 1966.

Die größte Verkehrsdichte herrscht am frühen Vormittag und spätnachmittags, also vor Arbeitsbeginn und nach Arbeitsende. In diesen Stunden, aber auch an Wochenenden im Sommer, wenn die Lissabonner den Atlantikstränden zustreben, bilden sich kilometerlange Autoschlängen. Schrittfahrer ist angesagt, und es kann mehrere Stunden dauern, bis man die Brücke passiert hat.

Die jetzt vorgesehene Erweiterung soll diesen Zustand, der durch enorme Zeitverluste und übermäßigen Kraftstoffverbrauch durchaus volkswirtschaftlich ins Gewicht fallende Dimensionen erreicht hat, beseitigen. Die Erweiterung wird die Durchlässigkeit auf jährlich 40 bis 45 Millionen Fahrzeuge erhöhen. Die Kosten werden auf umgerechnet rund 35 Millionen DM veranschlagt. Geld ist genügend vorhanden, da der Kraftfahrer seit der Einweihung jede Brückenpassage stadtauswärts bezahlen muß. Die Gebühr ist — wie übrigens auch die für die Benutzung der Autobahnen — gerade erst wieder angehoben worden und beträgt jetzt 85 Escudos.

Die Auswahl „Panorama“ wurde aus den Materialien der TASS und ADN vorbereitet.

Antikes Herculaneum von Kunsträubern heimgesucht

Mehr als 200 Kunstgegenstände von unschätzbarem Wert wurden neulich in der Nacht aus dem archaischen Magazin des antiken Herculaneum gestohlen. Zwei bewaffnete und maskierte Räuber, gesichert durch Komplizen auf mehreren Beobachtungsposten, entwendeten römische Münzen, goldene Armreife, Ketten und Ohrgehänge, Leuchter, Gefäße und Figuren aus Bronze, darunter eine 80 Zentimeter hohe Kupfer- und silberverzierte Bacchus-Statue.

Unersetzliche geschichtliche Zeugnisse sind damit verloren, vom materiellen Wert gar nicht zu

reden“, sagte Baldassare Conticello, Archäologischer Leiter von Herculaneum und Pompeji. Erste Rekonstruktionen zum Hergang des Raubzuges lassen erkennen, daß die Diebe über präzise Kenntnis der örtlichkeiten verfügten. „Es waren Einzelgänger, aber aus Furcht und wegen der massiven Schwelgepflicht wird sie niemand hier verraten“, stellte die Polizei fest. Als ziemlich sicher gilt auch, daß private Sammler den Coup in Auftrag gegeben haben, denn für die fast durchweg katalogisierten Schätze wurden sich kaum offizielle Käufer finden.

Den Dieben kam zweifellos die Lage Herculaneums, das zu einem großen Teil noch vom Vesuvstädtchen Resina überdeckt und mit ihm „fließend“ verbunden ist, zugute. Die vier Aufseher, die sich im Wachhaus aufhielten, wurden überwältigt und gefesselt, die beiden anderen, die einen Kontrollgang machten, abgeführt. Erst gegen vier Uhr früh konnte Alarm ausgelöst werden.

Wie Pompeji war Herculaneum durch den Vesuvausbruch vom 24. August 79 vernichtet worden. Während aber Pompeji unter einer Aschenschicht begraben wurde,

erstückte Herculaneum unter einer Schlamm Lawine aus Asche, Lapilli (Steinchen) und stiedendem Wasser. Mit später darübergeflossener Lava verhärtete sich das Ganze zu einer 12 bis 28 Meter dicken, konservierenden Schicht, so daß die erst 1927 systematisch in Angriff genommenen Ausgrabungen nur bergmännisch betrieben werden konnten. Bestens erhaltene farbenfrohe Mosaiken und Wandmalereien, Hausat, Marmortischen, Statuen und Statuetten ließen das kleine Herculaneum im Gegensatz zu Pompeji immer viel „lebender“ erscheinen.

Der Einbruch hat die schon lange währenden Diskussionen um die unzureichenden personellen und finanziellen Mittel zum Schutz der Kulturgüter erneut entfacht.



Foto: ADN/TASS

Spannungen zwischen Indien und Pakistan

Der illegale Grenzübertritt von rund 4 000 Pakistanern in der Region Jammu des indischen Unionsstaates Jammu und Kaschmir zu Beginn dieser Woche hat die latenten Spannungen zwischen Indien und Pakistan verstärkt. Indische Sicherheitskräfte, nach hiesigen Berichten offenbar im Zweifel, ob die Eindringlinge Zivilisten oder Bewaffnete waren, eröffneten das Feuer. Dabei wurden nach inoffiziellen Angaben elf bis drei Menschen getötet und mehr als zehn verletzt.

Noch in der Nacht zum 6. Februar wurde der pakistanische Botschafter in das Außenministerium in Delhi bestellt. Ein hochrangiger Beamter brachte ihm ge-

genüber die „Besorgnis und das tiefe Bedauern“ über den nicht von Indien provozierten Zwischenfall zum Ausdruck. Gegenüber Journalisten sagte ein Sprecher des Außenministeriums, dem Botschafter sei auch erklärt worden, daß die pakistanische Führung in jüngster Zeit mit ihren offiziellen Handlungen und Erklärungen die öffentliche Meinung im Lande aufgeheizt und Aktionen wie den Grenzübertritt heraufbeschworen habe.

Vor allem um die separatistischen Unruhen in Jammu und Kaschmir hat es in den zurückliegenden Monaten immer wieder Auseinandersetzungen zwischen Indien und Pakistan gegeben. In-

dien verfügt ganz offensichtlich über Beweise, daß die Unruhen von Kräften außerhalb des Landes — zum Teil unter Ausnutzung fundamentalistischer religiöser Gefühle — geschürt werden. Angehörige der für viele Gewaltakte verantwortlichen „Befreiungsfront von Jammu und Kaschmir (JKLF) werden nachweislich in Pakistan ausgebildet, haben dort ihr Hauptquartier und werden von dort materiell unterstützt. Ziel der JKLF und ihrer Sympathisanten ist die Abspaltung des Gebiets von Indien und der Anschluß an Pakistan.

Bei den gewaltsamen Auseinandersetzungen der vergangenen

Wochen gab es Tote, durch Bombenanschläge und Brandstiftungen wurden materielle Werte vernichtet. Die Regierung in Delhi unterstellte den Unionsstaat der Zentralgewalt. In den meisten Orten im Kaschmir-Tal herrscht ein nur für wenige Stunden am Tag unterbrochenes Ausgangsverbot. Bei Verletzung der Anordnungen machen Patrouillen der Polizei, der Armee und paramilitärischer Kräfte von der Waffe Gebrauch.

Der Streit zwischen Indien und Pakistan um Kaschmir geht auf Ereignisse des Jahres 1947 zurück, die mit der Unabhängigkeit von der britischen Kolonialherrschaft auch die Teilung des Subkontinents in zwei Staaten brachten. Damals hatten sich die Herrscher des Fürstentums Kaschmir für Indien entschieden, ohne daß Pakistan jemals seine Ansprüche auf die Gesamtregion aufgegeben hätte.

Bootswerft

Das Bootsbauerhandwerk wird noch heute vielerorts auf der griechischen Insel Thasos gepflegt. Hier ein Blick auf das Skelett eines im Bau befindlichen Fischereifahrzeugs, das auf einer kleinen Werft in der Ortschaft Pinos nach traditioneller Weise entsteht.

Foto: ADN/TASS

Absetzung des Militäρχefs

Die nikaraguanischen Contras haben die Absetzung ihres auch in den eigenen Reihen umstrittenen Militärbefehlshabers Enrique Bermudez bekanntgegeben. Das bisher mit Bermudez besetzte Amt eines militärischen Kommandeurs der im Norden Nikaraguas operierenden Contras sei abgeschafft worden, teilte ein Sprecher der antiansandinischen Konterrevolutionäre in Miami mit. Bermudez bleibe Offizier des „nikaraguanischen Widerstan-

Absetzung des Militäρχefs

des“, habe jedoch keine verantwortlichen Aufgaben mehr.

Der 57jährige Bermudez, der unter dem früheren nikaraguanischen Diktator Anastasio Somoza Militärrat in Washington war, gilt als ein Wortführer des kompromißlosen Flügels der Contras. Humanitäre Organisationen haben ihm zahlreiche Menschenrechtsverletzungen zur Last gelegt, darunter die Verantwortung für die Ermordung zweier Nonnen bei einem Überfall in Nordnikaragua im Januar.

Menschen der Kunst



Vor kurzem äußerte Johannes SOMMER, der sich an der Arbeit der 2. Konferenz der Unionsgesellschaft „Wiedergeburt“ beteiligte, den Wunsch, sich über unsere Zeitung an alle sowjetdeutschen Kultur- und Kunstschaffenden zu wenden. Nachstehend bringen wir den Text seines Appells.

An alle deutschen Kultur- und Kunstschaffenden der UdSSR

Werte Kollegen! Wir stehen heute vor der äußerst wichtigen Aufgabe der Wiederherstellung und Entwicklung unserer Nationalkultur und der Gestaltung der Kulturarbeit in Siedlungen, wo Sowjetdeutsche leben. Diese Aufgabe läßt sich meines Erachtens nur dann erfolgreich lösen, wenn alle sowjetdeutschen Schriftsteller, Schauspieler, Komponisten, Journalisten und andere Kulturschaffende sich zu einem Verein zusammenschließen. Daher müßte so schnell wie möglich ein Kongreß aller sowjetdeutschen Mitglieder der Künstlerverbände der UdSSR einberufen werden. Auf diesem Kongreß muß eine planmäßige Sektionsarbeit betrieben werden, um die schöpferische Kraft der sowjetdeutschen Kultur- und Kunstschaffenden auf nationale Themen zu lenken und zu erwidern, wie die kulturelle Aufklärungsarbeit unter den Sowjetdeutschen effektiver zu gestalten sei. Die Diskussionsbeiträge und gegenseitigen schöpferischen Impulse, die während des Meinungsaustausches auf dem Kongreß zweifellos entstehen würden, wären bestimmt eine Anregung zur erfolgreichen Tätigkeit in den genannten Bereichen. Während des Kongresses sollten meiner Meinung nach vor allem folgende Probleme zur Erörterung gelangen: 1. Wie der Stoff für das künftige Nationalmuseum der Sowjetdeutschen (Dokumente, Fotos, Bilder, Gegenstände der angewandten Kunst, alte Bücher, Briefe, Erinnerungen usw.) besser zusammenzutragen wäre, denn die Sache duldet keinen Aufschub; Schon vieles ist verlorengegangen, es muß gerettet werden, was noch zu retten ist. 2. Orientierung der sowjetdeutschen Kultur- und Kunstschaffenden auf nationale Thematik. 3. Zusammenarbeit der sowjetdeutschen Kultur- und Kunstschaffenden mit den Aktivisten der Gesellschaft „Wiedergeburt“. 4. Projekte der Denkmäler für die Opfer der Stalinsche Repressalien. 5. Beteiligung der Kultur- und Kunstschaffenden an der Gründung von Kunstzirkeln und -museen in Regionen, wo Sowjetdeutsche leben. Ich fordere alle sowjetdeutschen Kultur- und Kunstschaffenden, die sich die Mißgeschicke und Unterdrückungen unseres Volkes zu Herzen nehmen und sich an der Wiederbelebung unserer Nationalkultur beteiligen möchten, auf, sich an der Vorbereitung und Veranstaltung dieses Kongresses zu beteiligen. Alle diesbezüglichen Vorschläge und Meinungen, für die ich mich im voraus bedanke, bitte ich an folgende Adresse zu richten: Barnaul, Pereulok Prudskoi, Haus 29, Wohnung 90, Johannes SOMMER, Rufnummern: 44-43-42 und 23-87-07.

Einander hören lernen

Die Porträts und Figurengruppen von Johannes Sommer erfreuen sich stets großer Beliebtheit, denn in ihnen sehen die Menschen sich selbst: Die Helden des Künstlers sind Melker, Holzfäller, junge Viehpfleger, Mechanisatoren und Bauarbeiter. Die „Spuren“ des Bildhauers findet man überall in der Altai-Region. Vor zwei Jahren trug Sommer über dreißig seiner Arbeiten sowie fünfzig große Fotos der von ihm geschaffenen Denkmäler und Porträtbüsten für seine Wanderausstellung „Porträt“ zusammen. Es handelt sich vorwiegend um seine Werke, die in Kulturhäusern, Parks und Museen der Altai-Region zu sehen sind. Der Künstler demonstriert seine Wanderausstellung in vielen Dörfern und Städten, wo Sowjetdeutsche kompakt leben, unentgeltlich. Er mißt seiner Ausstellung eine große Bedeutung bei: Beim Bekanntwerden mit seinem Schaffen haben die Zuschauer gleichzeitig die Möglichkeit, unmittelbare Kontakte mit ihm selbst aufzunehmen, was gleichzeitig zu einem besseren Verständnis seiner Werke beiträgt. Der Bildhauer informiert die Zuschauer über seine Werke und seine Arbeit, veranschaulicht u. a. die Entstehung seiner Porträtbüsten. „Die unmittelbaren Kontakte mit den Zuschauern helfen mir tiefer den Charakter meines Volkes ergründen“, erzählt Johannes Sommer. „Das beeinflußt wesentlich mein Schaffen. Gleichzeitig bekomme ich die Möglichkeit, Dokumente, Fotos und Gegenstände der angewandten Kunst zu sammeln, die ich in meiner Arbeit gebrauchen kann.“ Der Bildhauer übergab unentgeltlich vierzig seiner Plastiken an Museen, Gemäldegalerien und Schulen in den Siedlungen, wo es einen starken Anteil der Sowjetdeutschen gibt.

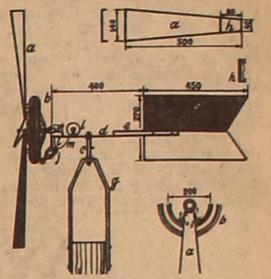
Auch die Probleme der Sowjetdeutschen lassen sich während der Begegnungen mit den Zuschauern nicht vermeiden“, sagt Sommer. „Ich kann meine künstlerische Tätigkeit nicht vom Kampf der Sowjetdeutschen um die Wiederherstellung unserer Autonomie an der Wolga trennen. Daher propagiere ich auch das Programm der Gesellschaft „Wiedergeburt“. Gegenwärtig bin ich bereit, mit meiner Wanderausstellung in die Städte und Dörfer der ehemaligen Republik der Wolgadeutschen zu gehen, um dort nicht nur mit Sowjetdeutschen, sondern auch mit Vertretern anderer Völker zusammenzukommen und zu diskutieren. Wir müssen heute, wo die Situation an der Wolga besonders schwierig ist, alle Möglichkeiten benutzen, um freundschaftliche Beziehungen mit Vertretern der nichtdeutschen Bevölkerung herzustellen. Wir müssen Treffen von Arbeitern, Intellektuellen, Wissenschaftlern verschiedener Nationalitäten organisieren, damit die Menschen einander hören lernen und somit zur Erkenntnis gelangen, daß die Wiederherstellung unserer Autonomie zu einem Sieg der Gerechtigkeit wird, von dem alle im genannten Territorium lebenden Völker wie auch das ganze Sowjetvolk profitieren werden. Die Altair regionale Organisation „Wiedergeburt“, deren Mitglied ich bin und deren Tätigkeit von den örtlichen Behörden unterstützt wird, versucht nach Kräften, das Programm der Gesellschaft zu fördern.“ Robert KORN, Korrespondent der „Freundschaft“ Unsere Bilder: der Bildhauer Johannes Sommer während der Arbeit; nach einer Ausstellung. Fotos: Archiv des Künstlers

Praktische Ratschläge

Für Handwerker Metallwindrad mit Dynamo

Flügelrad: Blech mit der Blechschere zuschneiden. Zum Verstellen an beiden Rädern je einen 5 mm breiten Streifen rechtwinklig abbiegen (umbördern). Flügel (a) schräg in das Rollrad (b) einlöten. Für die Verbindungen 3 nach 4 und 5 nach 6 Drahtstücke (Fahrradspindel) einlöten. Um die richtige Schrägstellung der Flügel zu erreichen, von 3 nach 4 ein 20 mm langes, von 5 nach 6 ein 50 mm langes Drahtstück einlöten.

Bei der Verwendung von Aluminiumblech (Dicke etwa 0,5 mm), das sich nicht löten läßt, schmale Enden der Flügel mit einem Weißblechmantel (h) umgeben, der innen zusammengeklebt wird.



Querträger: Flachstahl (d) (Kinderwagenfeder) 20 mm breit, 3 mm dick, vorn abwinkeln und Löcher für Achse des Rades (b), die Lagerung (c), zur Verschraubung der Winkelschleife (e) und für Winkelstahl (i) bohren. Windfahne (f): Obere und untere Rand ebenfalls 5 mm umbördern, mit Winkelschleife (e) und Querträger (d) durch Schrauben verbinden. Lagerung: Vorderradnabe (k) eines Fahrrades mit Querträger (d) und Halterung (g) aus Flachstahl verschrauben. Die Halterung (g) ist an der Nabe, nicht etwa an der Achse zu befestigen. Dynamo und Lampe: Dynamo (j) mit Winkelstahl (i) und diesen mit Querträger (d) verschrauben. Leuchte (l) auf dem Querträger befestigen. Kabel (m) zum Dynamo führen. Am Schluß Halterung (g) mit einem Mast, Pfahl oder anderem festen Unterbau verbinden. Anstrich: Metallteile mit Rostschutzfarbe streichen. Holzteile ebenfalls gegen Witterungseinflüsse durch Anstrich — es kann auch farbloser Lack sein — schützen.

Für Gartenfreunde Elektrische Heizung in Frühbeeten

Einfache Frühbeete baut man in Ost-West-Richtung, damit die Fensterneigung nach Süden zeigt, und Doppelfrühbeete in Nord-Süd-Richtung. Diese Richtungen sollen möglichst eingehalten werden, obwohl das Gelände oder die Lage manchmal eine kleine Abweichung möglich macht. Die Pflanzen in den Doppelfrühbeeten fühlen sich wohl, wie sie in den einfachen, weil sie von der intensiven Mittagssonne nicht so stark getroffen werden. Die Sonnenstrahlen können nur vor- und nachmittags rechtwinklig durch das Glas fallen. Zum Erwärmen der Erde in Frühbeeten kann man sich auch des elektrischen Stromes bedienen. Das ist allerdings nur dort möglich, wo ein Netzanschluß ohne Schwierigkeiten hergestellt werden kann. Außerdem ist ein Transformator notwendig, durch den die 220 Volt der Lichtleitung auf etwa 40 Volt (auch weniger) niedergespannt werden. Als Wärmequelle verwendet man Maschendraht. Damit er nicht rostet, muß er gut verzinkt oder noch besser mit Kunststoffmasse überzogen sein. Diese Heizmatten verlegt man 12 bis 15 cm unter die Erde. An den Störstellen erleichtern Metallstreifen (verzinkte Flachseisen) den Stromübergang zum Maschendraht. Die Lufttemperatur in Frühbeeten läßt sich durch elektrische Heizkabel wesentlich erhöhen und auch regulieren. Die Kabel dürfen aber nicht mit brennbarem Stoff in Verbindung kommen. Sie werden im Luftraum der Frühbeete dicht über der Erde aufgehängt, so daß auch diese etwas erwärmt wird.

Rezept der Woche Leberauflauf

Zutaten: 400 g Leber, 150 g Weibzwerk, 1 Bund Wurzelwerk, 1 bis 2 Eier, Salz, Majoran, Brel aus 1 kg Kartoffeln, Butter. Zubereitung: Leber, eingeweihtes fest ausgedrücktes Weibzwerk und Wurzelwerk in feinem zerkleinern und mit Ei und Gewürzen vermischen. Zusammen mit Kartoffelbrel lagenweise in eine gefettete Auflaufform schichten. Die obere Lage Kartoffelbrel mit der Gabel zerlegen und mit zerlassener Butter beträufeln. Etwa 45 Minuten überbacken.

Als Amalia sein dichtes schwarzes Haar kämmte, guckte er sie ganz vertraulich an und versuchte sogar zu lächeln. Die Jungen gingen zu dritt schlafen. Jakob versuchte, Mussa die notwendigsten deutschen Wörter beizubringen. Der kleine Kirgise stellte sie fürchtbar, und die Jungen mußten lachen. Otto starrte in den dunklen Himmel und lächelte. Dann drehte er sich zur Seite. Jakob und Mussa schliefen in dieser Nacht sehr spät ein. Als die ersten schüchternen Sonnenstrahlen die Erde berührten, kam Mutter sie wecken. Sie guckte erst die drei Jungen, die im süßen Schlaf lagen — die zwei blonden und den dunkelhaarigen Mussa, an. Dann strich sie Otto über die nackte Schulter: „Es ist Zeit, mein Junge.“

„Es ist Zeit, mein Junge“, sagte sie mit sanfter und trauriger Stimme. Otto rüttelte auch Jakob und Mussa aus dem Morgenschlaf. Mussa schrak auf, guckte sich um und... beruhigte sich gleich wieder. Otto gab ihm seine alte Peitsche und sie eilten zum Dorfand. Der erste, der ihnen begegnete, war Fritz. „Die Kirgisenfreunde kommen, sie haben sich einen Kirgisen aufgesessen.“

Jakob schien Ottos Mahnungen vergessen zu haben, und knallte mit der Peitsche ungeduldig ein paarmal auf. Aber er zwang sich doch zur Ruhe, war doch Mussa jetzt bei ihnen, also durfte man die Arbeit wegen Fritz nicht verlieren. Jakob drehte sich zu Mussa, umarmte ihn und so gingen sie dann eng aneinander geschmiegt weiter. Damit wollte er Fritz zeigen, daß er sich diese beleidigenden Worte sparen konnte, die Freundschaft mit Mussa ist ihm mehr wert. Der Tag ging zur Neige, die satten Kühe lagen am See und kauten. Die Schafe hatten sich rund um die friedlich grassenden Kälber geschart. Die Jungen hatten sich auf dem grünen saftigen Gras ausgestreckt und ruhten aus vor dem Nachhausestreben. Besonders erschöpft wirkte Mussa. (Schluß folgt)

Als Amalia sein dichtes schwarzes Haar kämmte, guckte er sie ganz vertraulich an und versuchte sogar zu lächeln. Die Jungen gingen zu dritt schlafen. Jakob versuchte, Mussa die notwendigsten deutschen Wörter beizubringen. Der kleine Kirgise stellte sie fürchtbar, und die Jungen mußten lachen. Otto starrte in den dunklen Himmel und lächelte. Dann drehte er sich zur Seite. Jakob und Mussa schliefen in dieser Nacht sehr spät ein. Als die ersten schüchternen Sonnenstrahlen die Erde berührten, kam Mutter sie wecken. Sie guckte erst die drei Jungen, die im süßen Schlaf lagen — die zwei blonden und den dunkelhaarigen Mussa, an. Dann strich sie Otto über die nackte Schulter: „Es ist Zeit, mein Junge.“

„Es ist Zeit, mein Junge“, sagte sie mit sanfter und trauriger Stimme. Otto rüttelte auch Jakob und Mussa aus dem Morgenschlaf. Mussa schrak auf, guckte sich um und... beruhigte sich gleich wieder. Otto gab ihm seine alte Peitsche und sie eilten zum Dorfand. Der erste, der ihnen begegnete, war Fritz. „Die Kirgisenfreunde kommen, sie haben sich einen Kirgisen aufgesessen.“

Jakob schien Ottos Mahnungen vergessen zu haben, und knallte mit der Peitsche ungeduldig ein paarmal auf. Aber er zwang sich doch zur Ruhe, war doch Mussa jetzt bei ihnen, also durfte man die Arbeit wegen Fritz nicht verlieren. Jakob drehte sich zu Mussa, umarmte ihn und so gingen sie dann eng aneinander geschmiegt weiter. Damit wollte er Fritz zeigen, daß er sich diese beleidigenden Worte sparen konnte, die Freundschaft mit Mussa ist ihm mehr wert. Der Tag ging zur Neige, die satten Kühe lagen am See und kauten. Die Schafe hatten sich rund um die friedlich grassenden Kälber geschart. Die Jungen hatten sich auf dem grünen saftigen Gras ausgestreckt und ruhten aus vor dem Nachhausestreben. Besonders erschöpft wirkte Mussa. (Schluß folgt)

Русско-казахско-немецкий разговорник

Table with 3 columns: Russian, Kazakh, German. Topics include: Знакомство (Introduction), Таньсы (Greetings), Bekanntmachen (Getting to know you), and various social interactions.



Ida BASTRON

Die Flucht in die Steppe

Erfreut über den ihm bekannten Namen, hörte der Kleine auf zu heulen und begann zu erzählen, daß er bereits mehrere Monate durch die große Welt, ohne ein bestimmtes Ziel zu haben, wandere, habe alle Verwandten verloren und set nun mutterseelenallein auf der ganzen Welt. „Wie heißt du denn?“ fragte Jakob. „Mussa Und wie du heißt?“ fragte Mussa. „Jakob und das ist mein Bruder Otto!“ „Jakob, Otto“, wiederholte der Junge mit einem bitteren Lächeln. „Bleib hier, wir bringen dir etwas zu essen“, sagte Jakob. Die Brüder liefen nach Hause, wo auf sie schon lange ihre Mutter wartete. „Das nicht, aber sie wird sich jeden Tag um uns Sorgen machen, und das wird ihr unerträglich sein.“ Die Mutter kam ihnen selbst zu Hilfe. Gleich als die Kinder die Schwelle übertraten, merkten sie, daß sie irgendwas beunruhigte Jakob guckte immer wieder nach der Tür. Sie trat zu ihm, sah ihm in die Augen und fragte sanft: „Was hab ich? Hat euch jemand beleidigt?“ Jakob schmeigte sich an sie und erzählte ihr verwirrt über den Namen Mussa, der hungrig und bloß bis nach Surikowka gewandert kam. Otto mußte sich wundern, so hatte er seinen Bruder noch nie gesehen. Die vier Schwestern guckten ihre leeren Beutel an. „Habt ihr nichts gebracht?“ fragte die allerletzte, Emma. „Heute essen wir Suppe“, sagte die Mutter, „wir sterben ja nicht vor Hunger. Wo ist der kleine Mussa?“ „Im Malsfeld“, sagten die Brüder wie aus einem Munde. (Fortsetzung, Anfang Nrn. 25, 26)

Erfolgreiches Debüt

In der Gruppe Gulmira Sadykova — der Chefregisseurin im Studio „Kasachfilm“ — gibt es nicht viele Fachleute, die Trickfilme „zaubern“. Es sind nur Gulmira selbst, die Chefzeichnerin Jelena Owsjannikowa und der Kameramann Serik Arabajew. Unlängst hatte G. Sadykova auf dem internationalen Filmfestival in Leipzig großen Erfolg: Sie wurde für ihren Zeichentrickfilm „Das Gesicht“ mit einem Förderungsdiplom gewürdigt. Obigen beiliegigen sich am Festival Filmschöpfer aus 150 Ländern. Die sowjetische Filmkunst war durch fünf Zeichentrickfilme vertreten. Auf solch einem soliden Wettbewerb der Zeichentrickfilme bemerkte und sogar gewürdigt zu werden, bedeutet sehr viel für einen Debutanten. Unser Bild: Die Puppenausstatter (v. l. n. r.) Wassili Telutow, Ramil Usmanow und Margarita Nepscha entwerfen Figuren für den künftigen Film des Regisseurs Gulmira Sadykova. Foto: KasTAG

Der Vergessenheit entrissen

Der Titel des neuen Dokumentarfilms „Michail Schemjakin. Beichte eines Künstlers“, dessen Erstausführung in Moskau stattgefunden hat, widerspiegelt sehr präzise seinen Inhalt. Es ist ein Monolog des namhaften russischen Meisters, der sich an sein leichtes Leben als Künstler erinnert. Er lebt gegenwärtig in New York. Er spricht mit Bitterkeit über die Verfolgungen, denen er in den Stagnationsjahren seitens der Beamten von der Kunst ausgesetzt gewesen war. Sie könnten dem jungen Maler seine schöpferische Selbständigkeit und die Unabhängigkeit seiner Gedanken nicht verzeihen. Im Ergebnis mußte er 1971 die Heimat verlassen. Der Film widerspiegelt den ganzen Reichtum und die Vielfältigkeit der Interessen des Künstlers — des Autors vieler Porträts, Sujetkompositionen und Graphiken, die in philosophisch-symbolischer Manier ausgeführt wurden, sowie Skulpturen. Die Dreharbeiten, die in seinem Atelier in New York stattfanden, bieten den Zuschauern die seltene Gelegenheit, in das künstlerische Labor des Meisters Einblick zu bekommen und Augenzeuge des Schaffensprozesses zu werden. Viel Raum nehmen im Film seine Erinnerungen an die jahrelange Freundschaft mit Wladimir Wysocki ein. Der Künstler schuf Illustrationen zu seinen Liedern und gab in den USA eine dreibändige Sammlung der Werke dieses populären Dichters, Sängers und Schauspielers heraus. Viele Jahre lang haben vom Leben und Wirken Michail Schemjamins in der UdSSR nur wenige Freunde und Kunstkenner gewußt: Seine Arbeiten wurden in den 60er Jahren in seiner Heimat praktisch nicht ausgestellt. Der Streifen erinnert daran, daß zum Durchbruch die Ausstellung seiner Arbeiten — die erste nach der Trennung mit der Heimat — wurde, die im vergangenen Frühjahr in Moskau eröffnet worden war und großen Erfolg hatte. „Damals begannen wir mit den Dreharbeiten für unseren Film, dessen wichtigste Aufgabe darin bestand, das Schaffen dieses komplizierten und eigenartigen Künstlers und Avantgardisten zum Gemeingut der breiten Kreise der Liebhaber der Kunst zu machen“, sagte der Regisseur Arkadi Zineman in einem TASS-Gespräch. Bereits früher war von ihm ein Film über den bekannten russischen Künstler Kasimir Malewitsch (1878—1935) gemacht worden, dessen Schaffen in der UdSSR erst vor kurzem der Vergessenheit entrissen worden ist. Die sowjetischen Filmschaffenden leisten heute als Ganzes einen großen Beitrag dazu, daß die weißen Flecken der einheimischen Kunst beseitigt werden. Die berühmte Arbeit Malewitschs „Das schwarze Quadrat“ gab den Namen dem Film über die Geschichte der Entwicklung der russischen avantgardistische Kunst. Der Streifen wurde in der ganzen Welt vorgeführt und erhielt zahlreiche Auszeichnungen.